

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentlichen Sitzung der Ratsversammlung

am Dienstag, dem 12.02.2019

im Ratssaal

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Anwesend:

Außerdem anwesend

Stadtpräsidentin	Frau Anna-Katharina Schättiger
------------------	--------------------------------

Ratsfrau / Ratsherr

	Herr Volker Andresen
	Frau June Boysen
	Frau Helga Bühse
	Frau Franka Dannheiser
	Herr Bernd Delfs
	Frau Wiebke Diehlmann
	Herr Wolf Rüdiger Fehrs
	Herr Klaus Grassau
	Herr Jonny Griesse
	Herr Wolf-Werner Haake
bis inkl. TOP 26.	Herr Hauke Hahn
	Frau Esther Hartmann
	Herr Dirk-Justus Hentschel
	Herr Andreas Hering
	Herr Klaus-Dieter Iwers
	Herr Peter Janetzky
ab TOP 3.	Herr Claus-Rudolf Johna
	Herr Jürgen Joost
	Herr Ralf Ketelhut
	Herr Thorsten Klimm
	Herr Andreas Kluckhuhn
	Herr Thomas Krampfer
	Frau Sabine Krebs
	Herr Martin Kriese
	Frau Jeannie Kubon
	Herr Gerd Kühl
	Herr Gerhard Lassen
	Herr Frank Matthiesen
	Herr Fatih Mutlu
	Herr Mark Michael Proch
	Herr Sven Radestock
	Herr Oliver Schlemmer
	Frau Monika Schmidt
	Frau Babett Schwede-Olderus

	Herr Jörn Seib
	Herr Hans Heinrich Voigt
	Herr Geoffrey Frederic Warlies
	Herr Axel Westphal-Garken
	Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

Außerdem anwesend

Oberbürgermeister	Herr Dr. Olaf Tauras
Erster Stadtrat	Herr Carsten Hillgruber
Stadtrat	Herr Oliver Dörflinger
Stadtbaurat	Herr Thorsten Kubiak

Von der Verwaltung

Referent für Öffentlichkeitsarbeit	Herr Stephan Beitz
FD – 12 Büro des Oberbürgermeisters	Herr Thorben Pries
FD - 30	Frau Bettina Krull
FD - 66	Herr Ralf-Josef Schnittker
FD - 61	Frau Ute Spieler
FD – 63	Frau Ute Obel
FD - 20	Herr Hans-Günter Szislo
Personalrat	Herr Peter Omland
Personalratsvorsitzende	Frau Sabine Heidebrecht-Rüge
Gleichstellungsbeauftragte	Frau Michaela Zöllner
Protokollführer	Herr Holger Krüger

Entschuldigt:

Ratsfrau / Ratsherr

	Herr Jan Hinrich Köster
	Herr Horst-Dieter Micheel
	Herr Reinhard Ruge

Bis zu 3 Vertreter der Presse und der Öffentliche Kanal Kiel

Bis zu 30 ZuhörerInnen

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 12.02.2019
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 11.12.2018
5.	Information über die am 11.12.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
7.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
8.	Einwohnerfragestunde
9.	Aktuelle Stunde
9.1.	Aussprache zum Thema "Rechtswidrige Baumrodungen in der Rendsburger Str." Antrag der SPD-Rathausfraktion
10.	Anfragen
10.1.	Große Anfrage der BfB-Ratsfraktion betr. kompostierbare Biomülltüten Vorlage: 0059/2018/An
10.2.	Große Anfrage der BfB-Ratsfraktion betr. Buslinie 13 Vorlage: 0060/2018/An
11.	Anträge
11.1.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE und des Ratsherrn Joost, LKR betr. Städtischer Zuschuss für die Durchführung des Inklusions-Schwimm-Cup Vorlage: 0056/2018/An
11.2.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Bike&Flash-Anlage als Pilotprojekt Vorlage: 0069/2018/An
11.3.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Lokales Bündnis für Wohnen Vorlage: 0070/2018/An
11.4.	Antrag der SPD-Rathausfraktion betr. Konzept für kostenfreies Parken in der Nähe des Großfleckens Vorlage: 0061/2018/An
11.5.	Antrag der SPD-Rathausfraktion betr. "Schrott-Immobilien" Vorlage: 0071/2018/An

11.6.	Antrag der SPD-Rathausfraktion betr. Gute Arbeit - Gründung einer Kommission für Berufsbildung, Beschäftigung und Wirtschaft Vorlage: 0068/2018/An
11.7.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Aufnahme der Kleinen Anfragen und deren Antworten im Ratsinformationssystem Vorlage: 0002/2018/An
11.8.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Jährlicher Zuschuss für den Verein HILFS.Punkt e.V. (Antrag vom 04.12.2018 zum Doppelhaushalt 2019/2020) Vorlage: 0058/2018/An
11.9.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Richtlinie zu Kosten der Unterkunft Vorlage: 0067/2018/An
11.10.	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. 1. Änderung der Sondernutzungssatzung vom 09.05.2008 Vorlage: 0062/2018/An
11.11.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Feststellungsklage Großflecken Vorlage: 0063/2018/An
11.12.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Umsetzung Transparenzgesetz Vorlage: 0064/2018/An
11.13.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Gesamtkonzept ÖPNV Vorlage: 0065/2018/An
11.14.	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Videomitschnitte der Ratsversammlungen Vorlage: 0066/2018/An
12.	Ausschussumbesetzungen: Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss Vorlage: 0259/2018/DS
13.	Ausschussumbesetzungen: Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 0273/2018/DS
14.	Wahl des Stadtwehrführers und des stellvertretenden Stadtwehrführers des Stadtfeuerwehrverbandes Neumünster Vorlage: 0270/2018/DS
15.	Wahl des Ortswehrführers und des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster-Gadeland Vorlage: 0271/2018/DS
16.	Wahl des Ortswehrführers und des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster-Wittorf Vorlage: 0272/2018/DS
17.	Verwaltungsgebührensatzung Vorlage: 0190/2018/DS

18.	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Neue Maßnahme) Vorlage: 0267/2018/DS
19.	Schulentwicklungsplanung; hier: Befristete Bereitstellung von 4 Klassenraumcontainern zur kurzfristigen Abdeckung des Raumbedarfs in den Klassenstufen 7 bis 9 der Gemeinschaftsschulen in Neumünster Vorlage: 0264/2018/DS
20.	Ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster, hier: Berufung in eine ehrenamtliche Tätigkeit Antrag der Fraktion DIE LINKE.NEUMÜNSTER an den Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 05.11.2018 betreffend „Beirat für Menschen mit Behinderung“ - Vorlage 0046/2018/An Vorlage: 0269/2018/DS
21.	Bildung, Erziehung, Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung oder von Behinderung bedrohter Kinder in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Neumünster Hier: Konzept zur Umstrukturierung Vorlage: 0266/2018/DS
22.	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreis Nordfriesland über die Verwaltungsgemeinschaft zur Kenntnisprüfung nach dem Heilpraktikergesetz Vorlage: 0257/2018/DS
23.	Änderung der Straßenreinigungssatzung Vorlage: 0240/2018/DS
24.	Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens für die Restabfallentsorgung ab 01.01.2021 Vorlage: 0255/2018/DS
25.	Neubau Technikum Vorlage: 0262/2018/DS
26.	Grüne Achse Schwaleniederung - Förderantrag "Stadt im Wandel" Vorlage: 0239/2018/DS
27.	46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße" - Beschluss über Stellungnahmen - Feststellungsbeschluss Vorlage: 0242/2018/DS
28.	Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a+b-Center)" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0243/2018/DS

29.	Bebauungsplan Nr. 209 "Krückenkrug / Brandenburger Weg" - Beschluss über geänderten Geltungsbereich - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0260/2018/DS
30.	Ausbau Frankenstraße zwischen Boostedter Straße und Störstraße Vorlage: 0030/2018/DS
31.	Dringliche Vorlagen

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Beschluss:

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem TOP 32. „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 11.12.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ 1 weiteren Tagesordnungspunkt identifiziert, bei dem Ausschlussgründe vorliegen.

Bei TOP 33. geht es um eine Grundstücksangelegenheit.

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnungspunkte 32. und 33. unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Der TOP 34. ist für Mitteilungen vorgesehen.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 12.02.2019
-----	--

Beschluss:

Versandt bzw. verteilt wurden:

➤ **Zu TOP 9.: Aktuelle Stunde**

Antrag der SPD-Rathausfraktion zum Thema: rechtswidrige Baumrodungen in der Rendsburger Straße

➤ **Zu TOP 10.1: An 0059/2018:**

Antwort zur Großen Anfrage der BfB-Ratsfraktion

Zu TOP 10.2: An 0060/2018:

Antwort zur Großen Anfrage der BfB-Ratsfraktion

Zu TOP 11.2: An 0069/2018:

Ergänzung des Antrags

➤ **Zu TOP 11.4: An 0061/2018:**

Neufassung des Antrags

Vorläufige Auszüge aus den Fachausschüssen:

➤ **TOP 11.8: An 0058/2018:**

Sozial- und Gesundheitsausschuss am 23.01.2019

- **TOP 18.: DS 0267/2018:**
Sozial- und Gesundheitsausschuss am 23.01.2019

TOP 20.: DS 0269/2018
Hauptausschuss am 05.02.2019

- **TOP 33: DS 0058/2018:**
Planungs- und Umweltausschuss am 23.01.2019

Zur „**aktuellen Stunde**“ liegt ein Antrag der SPD-Rathausfraktion vor, eine Aussprache zum Thema „Rechtswidrige Baumrodungen in der Rendsburger Str.“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Antrag entspricht dem § 15 a der Geschäftsordnung, so dass dies als Thema für eine „aktuelle Stunde“ auf die Tagesordnung genommen wird. Weitere Themen liegen nicht vor.

Der Tagesordnung wird sodann einstimmig zugestimmt, wobei die TOPs 32. bis 34. unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 11.12.2018
-----	---

Einwände gegen die Niederschriften werden nicht vorgebracht.

5 .	Information über die am 11.12.2018 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

In der Sitzung am 11.12.2018 wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit folgende Beschlüsse gefasst:

Unter **TOP 38.** wurden die Gesellschaftervertreter beauftragt, einen Gesellschafterbeschluss für die FEK Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster GmbH mit folgendem Inhalt zu fassen:

1. soll die Finanzierung des 2. Bauabschnitts des FEK über Fördermittel des Landes und Eigenmittel des FEK zzgl. einer Kapitalrücklage des Gesellschafters beschlossen werden.
2. soll der Geschäftsführer ermächtigt werden, im Rahmen der Realisierung der Baumaßnahme zum Zeitpunkt des Bedarfs, einen entsprechenden Kredit aufzunehmen und zzgl. eine Kapitalrücklage beim Gesellschafter anzufordern.
3. soll beschlossen werden, dass die Vergabe von Aufträgen über ein Einzelgewerkevergabeverfahren erfolgen soll.
4. soll der Geschäftsführer verpflichtet werden, eine regelmäßige Information der Gremien über den Verlauf der Baumaßnahme vorzunehmen.
5. soll die Gewährung der Kapitalrücklage durch den Gesellschafter unter dem Vorbehalt beschlossen werden, dass entweder gutachterlich nachgewiesen wird, dass diese keine Beihilfe im Sinne des europäischen Wettbewerbs darstellt oder dass die Voraussetzungen geschaffen sind, dass die Maßnahme aus einem anderen Grund nicht bei der europäischen Kommission angemeldet werden muss.

Unter **TOP 40.** wurde dem Ankauf eines Gewerbegrundstücks an der Rendsburger Str. zugestimmt.

Bei den TOPs 39. und 41. waren keine Beschlüsse zu fassen. Es ging um Kenntnismnahmen und Mitteilungen.

Im Ältestenrat wurde erörtert, die **Informationen über die jeweils unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse künftig anders zu handhaben**. Es wird eine schriftliche Zusammenfassung geben, die als Anlage zu der jeweiligen Niederschrift der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. In der folgenden Sitzung wird dann auf diese schriftliche Information hingewiesen.

Damit werde das langwierige Verlesen der Beschlüsse in den einzelnen Sitzungen entbehrlich.

Diese Art der Information entspreche den gesetzlichen Anforderungen des § 35 Abs. 3 der Gemeindeordnung. Die Regelung werde bei der Neufassung der Geschäftsordnung berücksichtigt.

6 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Zöllner, berichtet über eine Fragebogenaktion anlässlich des Frauentages 2018. Man habe anlässlich diverser Veranstaltungen Fragebögen verteilt. Die Umfrage sei also nicht repräsentativ.

Es habe eine gute Rücklaufquote gegeben.

Im Ergebnis wurde Neumünster als lebenswerte Stadt bewertet. Positiv wahrgenommen werden auch die vielen Grünflächen in der Stadt. Nachholbedarf wurde bei der Wohnsituation und bei den Freizeitangeboten gesehen. Die Bemühungen im Bereich Kinderbetreuung würden anerkannt, allerdings gebe es weiteren Bedarf. Im Bereich Mobilität würde man sich bessere Radwege und einen kostenlosen ÖPNV wünschen.

Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

7 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Keine Mitteilungen

8 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger erklärt, dass ein Schreiben eines Einwohners an die Ratsversammlung vorliegt, welches als Anregung/Beschwerde im Sinne des § 16 e der Gemeindeordnung zu werten sei. Es gehe dabei um den Lärmschutz im Bereich Hansaring und Tempo-30-Zonen am Ring.

Nach § 14 der Geschäftsordnung soll sich zunächst der zuständige Fachausschuss mit dem Thema befassen. Die Verwaltung fertige derzeit eine Stellungnahme. Sobald der Planungs- und Umweltausschuss sich positioniert hat, wird der Vorgang auf die Tagesordnung der Ratsversammlung genommen.

Der Initiator der Anregung/Beschwerde sei über diese Vorgehensweise informiert worden.

9 .	Aktuelle Stunde
9.1 .	Aussprache zum Thema "Rechtswidrige Baumrodungen in der Rendsburger Str." Antrag der SPD-Rathausfraktion

Ratsfrau Kubon eröffnet die Aussprache mit einer Schilderung des Sachverhalts, wie er der Presse zu entnehmen war. Es stelle sich die Frage nach den Verantwortlichen. Zudem möge mitgeteilt werden, welche Maßnahmen ergriffen werden, welche Kosten die Ersatzpflanzungen verursachen und was mit dem Holz geschehen solle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras nimmt dazu Stellung.

Er schildert den üblichen Ablauf bei einer Baumfällung. Im vorliegenden Falle habe es diverse Fehler und Mängel bei der Kommunikation gegeben.

Um derlei für die Zukunft zu vermeiden, solle ein Vordruck Verwendung finden. Es werde geprüft, inwieweit die Baumrodung einen widerrechtlich Eingriff darstelle und welche Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen erforderlich werden. Zu den Kosten sei derzeit noch keine Aussage möglich. Diese Information müsse später nachgeliefert werden. Das Holz werde nicht vermarktet. Es soll im Spielplatzbau Verwendung finden.

Es folgt eine kurze Diskussion, in deren Rahmen folgende Aussagen getroffen werden:

- Es gehe nicht darum, MitarbeiterInnen „an den Pranger zu stellen“, es sei aber wichtig, Prozessoptimierung zu betreiben, damit Fehler sich nicht wiederholen.
- Bei der Frage, wann ein Baum gefällt werden darf und wann nicht, komme es u. a. darauf an, ob der Baum das „Ortsbild präge“. Man könne den Eindruck gewinnen, dass innerhalb der Verwaltung zu dieser Frage unterschiedliche Meinungen existierten. Im vorliegenden Falle mögen die Bäume gar nicht Ortsbild prägend gewesen sein.

10 .	Anfragen
10.1 .	Große Anfrage der BfB-Ratsfraktion betr. kompostierbare Biomülltüten Vorlage: 0059/2018/An

Ratsfrau Hartmann bringt die Anfrage ein.

Die Große Anfrage wird von Herrn Stadtrat Dörflinger beantwortet.

Im Rahmen der Aussprache weist Ratsfrau Hartmann darauf hin, dass die Öffentlichkeit unzureichend informiert sei. So sei man sich ggf. nicht bewusst, dass derartige Tüten verboten seien – mit der Folge, dass eine Biotonne ggf. nicht geleert werde.

Herr Stadtrat Dörflinger erläutert die diversen Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit. Auf den Tüten selbst sei vermerkt, dass diese verwendet werden dürfen, wenn sie jeweils „behördlich zugelassen“ seien. Dem sei in Neumünster nicht so. Vor dem Hintergrund, dass der Kompost als Düngemittel vermarktet werden soll, möge man auf Papiertüten zurückgreifen.

10.2 .	Große Anfrage der BfB-Ratsfraktion betr. Buslinie 13 Vorlage: 0060/2018/An
--------	---

Ratsfrau Hartmann bringt die Anfrage ein.

Die Große Anfrage wird von Herrn Stadtbaurat Kubiak beantwortet.

Im Rahmen der Aussprache wird kontrovers darüber diskutiert, ob es bei der genannten Buslinie tatsächlich um ein relevantes Problem gehe. Die Linie werde bedarfsorientiert lediglich einmal täglich bedient. Aus den sich dabei ggf. ergebenden Problemen darauf zu schließen, dass die SWN hinsichtlich des ÖPNV nicht kundenorientiert agieren würden, sei nicht angemessen.

11 .	Anträge
11.1 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE und des Ratsherrn Joost, LKR betr. Städtischer Zuschuss für die Durchführung des Inklusions-Schwimm-Cup Vorlage: 0056/2018/An

Beschluss:

Ratsherr Delfs bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Es gibt einige kritische Anmerkungen zu dem Antrag. So hätte der Antrag schon zur Haushaltsberatung eingebracht werden sollen. Die Initiatoren des Inklusions-Schwimm-Cup hätten rechtzeitig um finanzielle Unterstützung bitten können.

Vertreter der Ratsfraktionen von BfB und NPD erklären, den Antrag zu unterstützen. Sie seien nicht gefragt worden, den Antrag gemeinsam zu stellen.

Dem Antrag wird sodann einstimmig zugestimmt.

11.2 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Bike&Flash-Anlage als Pilotprojekt Vorlage: 0069/2018/An
--------	---

Beschluss:

Ratsfrau Bühse bringt den Antrag ein und begründet ihn. Der Antrag liegt in einer um einen Punkt 2. ergänzten Fassung vor.

Der Antrag wird u. a. im Hinblick auf die verkehrsrechtliche Zulässigkeit von Bike&Flash-Anlagen diskutiert.

Auf Nachfrage von Herrn Stadtbaurat Kubiak wird konkretisiert, dass bis Ende April Aussagen zur Sinnhaftigkeit, eine solche Anlage zu testen, erwartet werden. Es ginge nicht darum, dann schon Ergebnisse aus einer Pilotierung zu präsentieren.

Ratsherr Radestock beantragt für die Ratsfraktion Die Grünen, den Antrag zurückzustellen, um ihn zusammen mit dem Radverkehrskonzept beraten zu können.

Der Antrag auf Zurückstellung wird kontrovers diskutiert. Es gebe zum Radverkehrskonzept noch intensiven Diskussionsbedarf. Der Einsatz von Bike&Flash-Anlagen möge zeitnah geprüft werden.

Der Antrag auf Zurückstellung wird sodann mit 19 zu 21 Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	12		
Die Grünen	7		
FDP		1	
BfB		2	
Die LINKE		2	
NPD		1	
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	19	21	-

Dem Antrag wird danach mit 21 zu 19 Stimmen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	14		
SPD		12	
Die Grünen		7	
FDP	1		
BfB	2		
Die LINKE	2		
NPD	1		
Ratsherr Joost	1		
gesamt:	21	19	-

11.3 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Lokales Bündnis für Wohnen Vorlage: 0070/2018/An
--------	---

Beschluss:

Ratsfrau Bühse bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Westphal-Garken bringt für die SPD-Rathausfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.3 beigelegt.

Die Anträge werden kontrovers diskutiert.

Ratsherr Krampfer weist auf die Debatte zum Wohnraumversorgungskonzept hin. Man möge sich auf das Konzept konzentrieren, es beschließen und dann umsetzen. Bereits jetzt gäbe es Vorbehalte der Wohnungsbaugesellschaften, so dass deren Einbindung in Bündnisse oder Beiräte keinen Erfolg versprechen dürfte.

Sodann wird über den Änderungsantrag der SPD-Rathausfraktion abgestimmt. Dieser wird mit 14 zu 26 Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	12		
Die Grünen		7	
FDP		1	
BfB		2	
Die LINKE	2		
NPD		1	
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	14	26	-

Der Antrag in der ursprünglichen Fassung wird mit 20 zu 20 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	14		
SPD		12	
Die Grünen		7	
FDP	1		
BfB	2		
Die LINKE	2		
NPD	1		
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	20	20	-

Die Ratsversammlung wird um 18.50 Uhr für eine Pause von ca. 30 Minuten unterbrochen und um 19.20 Uhr fortgesetzt.

11.4 .	Antrag der SPD-Rathausfraktion betr. Konzept für kostenfreies Parken in der Nähe des Großfleckens Vorlage: 0061/2018/An
--------	--

Beschluss:

Der Antrag liegt in Form einer modifizierten Fassung vom 04.02.2019 vor.
Ratsherr Johna bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras weist darauf hin, dass ein Prüfauftrag zu diesem Thema zulässig sei, die Entscheidung obliege indes ihm. Bei der Parkraumbewirtschaftung

tung würden regelmäßig Einnahmen in nennenswertem Umfang erzielt. Die Maßnahme könne die wegfallenden Parkplätze nicht kompensieren.

Ratsherr Kühl weist auf bestehende Verträge hin, denen zufolge ein kostenfreies Parken in der Umgebung kostenpflichtiger Parkhäuser nicht möglich sei.

Ratsherr Griese bringt für die Ratsfraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Dieser Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.4 beigelegt.

Es folgt eine intensive und kontrovers geführte Debatte, in deren Rahmen auch die Beschlussfassung zum Großflecken noch einmal kontrovers diskutiert wird. Auf Nachfrage erläutert Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras, dass die Vorlage der Verwaltung zum Großflecken die Ergebnisse einer langjährigen Erörterung in den Fachausschüssen widerspiegeln würde. Dies entspreche nicht der ursprünglichen Auffassung der Verwaltung. Das ursprüngliche Konzept der Verwaltung habe vorrangig Reparaturen vorgesehen.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger mahnt an, sich auf den Antrag zu besinnen und keine Debatte zum Großflecken zu führen.

Ratsherr Hahn formuliert einen Änderungsantrag, der der Niederschrift als Anlage 2 zu TOP 11.4 beigelegt ist.

Ratsherr Johna erklärt, dass die SPD-Rathausfraktion diese Änderung übernimmt.

Ratsherr Griese beantragt, den letzten Absatz aus seinem o. a. Änderungsantrag „Gleichzeitig soll geprüft werden...“ zu ergänzen. Der übrige Wortlaut sei hinfällig.

Ratsherr Kühl bringt einen weiteren Ergänzungsantrag ein. Danach soll ergänzend „geprüft werden, inwieweit auf dem Großflecken in der veranstaltungsfreien Zeit geparkt werden kann.“

Sodann wird über den Ergänzungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE abgestimmt. Dieser wird mit 18 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13		1
SPD		12	
Die Grünen		7	
FDP		1	
BfB	2		
Die LINKE	2		
NPD	1		
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	18	21	1

Es folgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag des Ratsherrn Kühl. Dieser wird mit 15 zu 24 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13		1
SPD		12	
Die Grünen		7	
FDP		1	
BfB	2		
Die LINKE		2	
NPD		1	
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	15	24	1

Abschließend wird über den Antrag der SPD-Rathausfraktion in der modifizierten Fassung des von Ratsherrn Hahn entwickelten Wortlautes abgestimmt. Diesem wird mit 32 zu 8 Stimmen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13	1	
SPD	12		
Die Grünen		7	
FDP	1		
BfB	2		
Die LINKE	2		
NPD	1		
Ratsherr Joost	1		
gesamt:	32	8	

11.5 .	Antrag der SPD-Rathausfraktion betr. "Schrott-Immobilien" Vorlage: 0071/2018/An
--------	--

Beschluss:

Ratsfrau Dannheiser bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Der Antrag wird diskutiert. Ratsfrau Hartmann regt an, Wohnungen, für die Kosten der Unterkunft gezahlt werden, in die Prüfung miteinzubeziehen.

Ratsherr Janetzky bringt für die FDP-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Dieser Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.5 beigelegt. Ratsfrau Dannheiser erklärt, dass die SPD-Rathausfraktion diesen Änderungsantrag übernimmt.

Dem Antrag in der somit geänderten Fassung wird mit 24 zu 16 Stimmen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	12		
Die Grünen	7		
FDP	1		
BfB		2	
Die LINKE	2		
NPD	1		
Ratsherr Joost	1		
gesamt:	24	16	-

11.6 .	Antrag der SPD-Rathausfraktion betr. Gute Arbeit - Gründung einer Kommission für Berufsbildung, Beschäftigung und Wirtschaft Vorlage: 0068/2018/An
--------	---

Ratsherr Klimm erklärt, den Antrag zurückzuziehen. Es gebe noch Klärungsbedarf.

11.7 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Aufnahme der Kleinen Anfragen und deren Antworten im Ratsinformationssystem Vorlage: 0002/2018/An
--------	--

Beschluss:

Der Antrag wurde in der Ratsversammlung am 03.07.2018 im Hinblick auf die geplante Überarbeitung der Geschäftsordnung zurückgestellt. Da eine Zurückstellung nur für längstens 6 Monate erfolgen kann, war der Antrag wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ratsherr Seib bringt den Antrag ein und begründet ihn.

In Bezug auf die Anmerkungen aus der Verwaltung betont er, dass das Softwarehaus beauftragt werden möge, eine Lösung zu entwickeln.

Ratsherr Andresen verweist auf die bevorstehende Überarbeitung der Geschäftsordnung und regt an, das Thema dabei zu diskutieren. Er beantragt eine erneute Zurückstellung.

Diesem Antrag auf Zurückstellung wird einstimmig zugestimmt.

11.8 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Jährlicher Zuschuss für den Verein HILFS.Punkt e.V. (Antrag vom 04.12.2018 zum Doppelhaushalt 2019/2020) Vorlage: 0058/2018/An
--------	---

Beschluss:

Der Antrag wurde als Änderungsantrag zum Haushalt in der Ratsversammlung am 11.12.2018 beraten und zunächst zur Beratung in den Sozial- und Gesundheitsausschuss überwiesen. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat sich am 23.01.2019 mit dem Antrag befasst.

Ratsfrau Hartmann bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsfrau Schwede-Oldehus bringt einen Änderungsantrag ein, wie er im Sozial- und Gesundheitsausschuss beschlossen worden ist. Demnach soll der Sachkostenzuschuss als Mietkostenzuschuss nur für den Doppelhaushalt 2019/2020 bewilligt werden.

Ratsfrau Schwede-Oldehus ergänzt, dass in Falle der Zustimmung, der Kooperationsvertrag entsprechend auch nur über 2 Jahre abzuschließen sei.

Der Antrag wird kontrovers diskutiert.

Sodann wird über den Änderungsantrag, wie er im Sozial- und Gesundheitsausschuss beschlossen wurde – mit der Ergänzung, auch den Kooperationsvertrag auf 2 Jahre zu beschränken – abgestimmt.

Diesem wird mit 1 Gegenstimme des Rats Herrn Janetzky im Übrigen einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag in der somit geänderten Fassung wird mit 1 Gegenstimme des Rats Herrn Janetzky im Übrigen einstimmig zugestimmt.

11.9 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Richtlinie zu Kosten der Unterkunft Vorlage: 0067/2018/An
--------	--

Beschluss:

Ratsfrau Hartmann erklärt, Herr Hippe vom Jobcenter und Herr 1. Stadtrat Hillgruber hätten darauf hingewiesen, dass die Kosten der Unterkunft regelmäßig angepasst würden. Zudem sei eine Überarbeitung der Richtlinie im Herbst geplant. Diese würde dann auch der Ratsversammlung vorgelegt werden. Ratsfrau Hartmann zieht den Antrag deshalb zurück.

11.10 .	Antrag der FDP-Ratsfraktion betr. 1. Änderung der Sondernutzungssatzung vom 09.05.2008 Vorlage: 0062/2018/An
---------	---

Beschluss:

Ratsherr Janetzky bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Radestock beantragt für die Ratsfraktion Die Grünen die Überweisung an den Planungs- und Umweltausschuss zur Vorberatung.

Diesem Antrag auf Überweisung wird mit 1 Gegenstimme des Ratsherrn Janetzky im Übrigen einstimmig zugestimmt.

11.11 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Feststellungsklage Großflecken Vorlage: 0063/2018/An
---------	---

Beschluss:

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras erklärt, der beschlossene Entwurf sei mit dem Urheberrecht des Architekten vereinbar. Insofern sei eine rechtliche Klärung zurzeit nicht erforderlich.

Der Antrag wird sodann mit 1 Ja-Stimme des Ratsherrn Proch im Übrigen einstimmig abgelehnt.

11.12 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Umsetzung Transparenzgesetz Vorlage: 0064/2018/An
---------	--

Beschluss:

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Kühl erklärt, dass das Transparenzgesetz mit einer Frist zum Jahresende 2019 umzusetzen sei. Würden die Gesellschaftsverträge nicht angepasst, würde das Transparenzgesetz bei den städtischen Gesellschaften nicht greifen. Die Anstellungsverträge der Geschäftsführer würden keine Veröffentlichung der Gehälter vorsehen.

Ratsherr Proch zieht seinen Antrag daraufhin zurück und behält sich vor, ihn beizeiten erneut einzubringen.

11.13 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Gesamtkonzept ÖPNV Vorlage: 0065/2018/An
---------	---

Beschluss:

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Delfs erklärt, der Regionale Nahverkehrsplan sei bis 2022 beschlossen. Danach sei man gesetzlich zur Fortschreibung verpflichtet. Der Antrag sei somit überflüssig.

Der Antrag wird sodann mit 1 Ja-Stimme des Ratsherrn Proch im Übrigen einstimmig abgelehnt.

11.14 .	Antrag der NPD-Ratsfraktion betr. Videomitschnitte der Ratsversammlungen Vorlage: 0066/2018/An
---------	---

Beschluss:

Ratsherr Proch bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras erklärt, dass die Verwaltung immer noch an der Umsetzung arbeite und auch mit dem Offenen Kanal Kiel (OK) verhandle. Derzeit werde diskutiert, auf welchem Server die Daten liegen sollen.

Ratsfrau Hartmann weist auf den Beschluss der Ratsversammlung vom 21.11.2017 zur Übertragung durch den OK per Internetstreaming hin (0407/2013/An).

Der Antrag wird sodann mit 1 Ja-Stimme des Ratsherrn Proch im Übrigen einstimmig abgelehnt.

12 .	Ausschussumbesetzungen: Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss Vorlage: 0259/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

13 .	Ausschussumbesetzungen: Sozial- und Gesundheitsausschuss Vorlage: 0273/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

14 .	Wahl des Stadtwehrführers und des stellvertretenden Stadtwehrführers des Stadtfeuerwehrverbandes Neumünster Vorlage: 0270/2018/DS
------	--

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

15 .	Wahl des Ortswehrführers und des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster-Gadeland Vorlage: 0271/2018/DS
------	--

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

16 .	Wahl des Ortswehrführers und des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster-Wittorf Vorlage: 0272/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

17 .	Verwaltungsgebührensatzung Vorlage: 0190/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

18 .	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt durch Umsetzung des Teilhabechancengesetzes (Neue Maßnahme) Vorlage: 0267/2018/DS
------	---

Beschluss:

Ratsherr Hering bringt für die SPD-Rathausfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 18. beige-fügt.

Er dankt der Verwaltung für die zügige Umsetzung des erst zum Jahresbeginn 2019 in Kraft getretenen Gesetzes.

Ratsherr Kühl weist darauf hin, dass das für Neumünster zur Verfügung stehende Budget nicht ohne weiteres aufgestockt werden könne. Derzeit seien 50 Stellen möglich, wobei eine Stelle durchaus geteilt werden könne, so dass es um mehr als 50 Personen gehe, die zu betreuen seien. Das Jobcenter könne dies mit lediglich 2 Coaches kaum bewerkstelligen.

Herr 1 Stadtrat Hillgruber weist darauf hin, dass es vorrangig nicht diesen 2 Coaches obliegt, die Betroffenen zu betreuen. Dies sei Aufgabe der Arbeitgeber, die deshalb von einer sehr großzügigen Förderung profitieren könnten.

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass gemäß Änderungsantrag von derzeit 50 Stellen nun bis zu 40 bei der Stadt sein würden. Würde die Gesamtzahl nicht erhöht, verbleiben für andere Arbeitgeber ggf. lediglich 10 Stellen.

Der Änderungsantrag der SPD-Rathausfraktion wird sodann mit 15 zu 24 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	12		
Die Grünen		6	1
FDP		1	
BfB	1	1	
Die LINKE	2		
NPD		1	
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	15	24	1

Der Vorlage in der ursprünglichen Fassung wird einstimmig zugestimmt.

19 .	Schulentwicklungsplanung; hier: Befristete Bereitstellung von 4 Klassenraumcontainern zur kurzfristigen Abdeckung des Raumbedarfs in den Klassenstufen 7 bis 9 der Gemeinschaftsschulen in Neumünster Vorlage: 0264/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

20 .	Ehrenamtliche/r Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung der Stadt Neumünster, hier: Berufung in eine ehrenamtliche Tätigkeit Antrag der Fraktion DIE LINKE.NEUMÜNSTER an den Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 05.11.2018 betreffend „Beirat für Menschen mit Behinderung“ - Vorlage 0046/2018/An Vorlage: 0269/2018/DS
------	---

Beschluss:

Ratsherr Kühl bringt einen Änderungsantrag ein, wie er im Hauptausschuss beschlossen worden ist. Demnach soll Punkt c) des Antragstextes wie folgt lauten: „Von der Einrichtung eines Beirats wird zurzeit abgesehen“.

Ratsherr Hering würdigt die Arbeit des verstorbenen Herrn Florian.
Er dankt Herrn Jahner für seine Bereitschaft, sich als ehrenamtlicher Beauftragter für Menschen mit Behinderung zu engagieren, und plädiert dafür, Herrn Jahner einstimmig in diese Tätigkeit zu berufen.

Dem Änderungsantrag, wie er im Hauptausschuss beschlossen worden ist, wird einstimmig zugestimmt.

Der Vorlage in der somit geänderten Fassung wird einstimmig zugestimmt.

21 .	Bildung, Erziehung, Betreuung und Förderung von Kindern mit Behinderung oder von Behinderung bedrohter Kinder in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Neumünster Hier: Konzept zur Umstrukturierung Vorlage: 0266/2018/DS
------	--

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

22 .	Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreis Nordfriesland über die Verwaltungsgemeinschaft zur Kenntnisprüfung nach dem Heilpraktikergesetz Vorlage: 0257/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

23 .	Änderung der Straßenreinigungssatzung Vorlage: 0240/2018/DS
------	--

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

24 .	Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens für die Restabfallentsorgung ab 01.01.2021 Vorlage: 0255/2018/DS
------	---

Beschluss:

Ratsherr Griese kritisiert, dass mit der Verabschiedung des Vergabegesetzes die sozialen und ökologischen Aspekte bei Vergaben entfallen seien.

Auch in dem vorliegenden Konzept würden diese Aspekte fehlen. Er beantragt, die Vorlage zunächst zur Vorberatung an den Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss und an den Hauptausschuss zu überweisen.

Ferner regt Ratsherr Griese an, dass eine Kommission eingerichtet wird, die entsprechende Vergabestandards erarbeiten möge.

Ratsherr Ketelhut moniert, es könne nicht angehen, dass im Rahmen der Ausschreibung „ökologische Kriterien“ weniger hoch gewichtet werden sollen. Zudem seien einige der genannten Parameter ungeeignet.

Bezüglich des Überweisungsantrags weist er darauf hin, dass die fachliche Diskussion im Planungs- und Umweltausschuss zu erfolgen habe.

Herr Stadtrat Dörflinger erklärt, es sei problematisch, einzelne Aspekte losgelöst vom Kontext zu erörtern. So würden diverse Parameter in die Entscheidung einfließen. Diese Auswahl würde auch regional ansässigen Unternehmen Chancen einräumen.

Der Antrag auf Überweisung wird mit 5 zu 34 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD		12	
Die Grünen		7	
FDP	1		
BfB	2		
Die LINKE	2		
NPD			1
Ratsherr Joost		1	
gesamt:	5	34	1

Der Vorlage wird mit 36 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	14		
SPD	12		
Die Grünen	7		
FDP	1		
BfB			2
Die LINKE		2	
NPD	1		
Ratsherr Joost	1		
gesamt:	36	2	2

25 .	Neubau Technikum Vorlage: 0262/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

26 .	Grüne Achse Schwaleniederung - Förderantrag "Stadt im Wandel" Vorlage: 0239/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Vorlage wird bei 1 Enthaltung aus den Reihen der BfB-Ratsfraktion im Übrigen einstimmig zugestimmt.

27 .	46. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Sondergebiet Baeyerstraße" - Beschluss über Stellungnahmen - Feststellungsbeschluss Vorlage: 0242/2018/DS
------	---

Beschluss:

Bei der Beratung sind Ausschließungsgründe nach § 22 GO nicht mitgeteilt worden.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

28 .	Bebauungsplan Nr. 42 "Sondergebiet Baeyerstraße (a+b-Center)" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0243/2018/DS
------	--

Beschluss:

Bei der Beratung sind Ausschließungsgründe nach § 22 GO nicht mitgeteilt worden.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

29 .	Bebauungsplan Nr. 209 "Krückenkrug / Brandenburger Weg" - Beschluss über geänderten Geltungsbereich - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0260/2018/DS
------	---

Beschluss:

Bei der Beratung sind Ausschließungsgründe nach § 22 GO nicht mitgeteilt worden.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

30 .	Ausbau Frankenstraße zwischen Boostedter Straße und Störstraße Vorlage: 0030/2018/DS
------	---

Beschluss:

Die Vorlage wurde in der Ratsversammlung am 03.07.2018 zurückgestellt, weil zunächst eine Beratung im Stadtteilbeirat erfolgen sollte. Da eine Zurückstellung nur für längstens 6 Monate erfolgen kann, war die Vorlage wieder auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück.

31 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine Dringlichkeitsvorlagen vor.

gez. Anna-Katharina Schättiger
(Stadtpräsidentin)

gez. Holger Krüger
(Protokollführer)